

Presseinformation

Krems, 19.05.2022

Vertrauen in Wissenschaft und Politikgestaltung im Gesundheitsbereich

Wie eine aktuelle Studie der Universität für Weiterbildung Krems und der Universität Graz zeigt, ergeben die Faktoren Alter und Wahrscheinlichkeit eine bestimmte Partei zu wählen ein differenziertes Bild.

Auch wenn der öffentliche Diskurs anderes vermuten lässt: Etwa drei Viertel der Befragten geben an, der Wissenschaft im Gesundheitsbereich zu vertrauen. Allerdings sieht das in Bezug auf das Vertrauen in Entscheidungen anders aus: Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass gesundheitspolitische Entscheidungen evidenzbasiert getroffen werden.

Generell ist das Vertrauen in wissenschaftliche Ergebnisse im Gesundheitsbereich groß. Rund 75 % der 2.571 Befragten stimmen der Aussage zu: „Ich vertraue den Ergebnissen der Wissenschaft im Gesundheitsbereich.“ Sieht man sich das Ergebnis im Detail an, zeigt sich auch, dass das Vertrauen vom Bildungsgrad der Befragten abhängt. Mit steigender Bildung steigt das Vertrauen in die Wissenschaft und je niedriger der Bildungsgrad desto skeptischer sind die Befragten.

Mit der Art, **wie wissenschaftliche Ergebnisse von Wissenschaftler_innen kommuniziert** werden, sind rund zwei Drittel der Befragten zufrieden. Weitere Analysen zeigen jedoch, dass diese Zufriedenheit interessanterweise signifikant mit der Selbsteinstufung auf der politischen Links-Rechts-Achse der Befragten zusammenhängt. Je rechter sich die Befragten einordnen, desto unzufriedener sind sie mit der Kommunikation von Ergebnissen durch Wissenschaftler_innen.

Der Aussage „**Wissenschaft funktioniert in Österreich unabhängig von politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme**“ stimmen lediglich 49 % der Befragten zu. Vor allem die Befragten mittleren Alters (25 bis 44 Jahre und 45 bis 64 Jahre) sind skeptisch. Knapp die Hälfte (55 %) der 25 bis 44-Jährigen stimmen der Aussage eher nicht oder gar nicht zu. Am skeptischsten ist aber die Gruppe der 45 bis 64-Jährigen. Hier sind 57% der Meinung, dass die Wissenschaft nicht unabhängig von Wirtschaft und Politik funktioniert. Das Gegenteil ist der Fall, wenn man sich die Gruppe der über 65-Jährigen ansieht; insgesamt sind zwei Drittel dieser Befragten überzeugt, dass die Wissenschaft eher oder vollkommen unabhängig ist. „Dieses

Ergebnis ist auch demokratiepolitisch von Relevanz, denn dies sagt ja viel über das Vertrauen in das System aus, das wichtig für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist“, so Studienleiterin Mag. Dr. Christina Hainzl.

Vertrauen in evidenzbasierte Politikgestaltung

Der Aussage „**Politiker_innen in Österreich vertrauen der Wissenschaft und deren Ergebnissen**“ stimmen 52 % eher bzw. sehr zu. Bei diesem Ergebnis zeigen sich – analysiert nach der Wahrscheinlichkeit der Parteiwahl – deutliche Unterschiede. Während 73 % der Befragten mit einer ÖVP-Präferenz dem eher bzw. sehr zustimmen, bejahen dies deutlich weniger, nämlich 53 % der Personen mit SPÖ Präferenz, 62 % mit Präferenz für die Grünen, 49 % bei den NEOS sowie 46 % bei der FPÖ. Personen mit MFG-Präferenz stimmen dieser Aussage gar nur mit 39 % zu.

Rund die Hälfte der Befragten (57 %) ist der Meinung, dass **gesundheitspolitische Entscheidungen evidenzbasiert** getroffen werden, aber auch hier zeigen sich wieder deutliche Unterschiede bei der Parteipräferenz.

Die Mehrheit der Befragten (64%) findet, dass die **Kommunikation gesundheitspolitischer Maßnahmen** (z. B. während der Pandemie) nicht klar verständlich gewesen ist. Hier lohnt sich ein Blick auf das **Alter der Befragten**. Bei den jüngeren Personen (15 bis 24-Jährige) überwiegt mit 52 % die Zustimmung, dass die Kommunikation klar verständlich ist. Alle anderen Altersgruppen lehnen dies mit 63 % (25 bis 44 Jahre), 69 % (45 bis 64 Jahre) bzw. 66 % (65+ Jahre) ab.

Ebenso sind für 61 % der Befragten die Entscheidungen, die während der Pandemie von Seiten der österreichischen Politik getroffen wurden/werden, eher bzw. nicht nachvollziehbar. Betrachtet man das Ergebnis im Detail, zeigt sich, dass 15 bis 24-Jährige die Entscheidungen seitens der Politik mit 55 % für eher bzw. sehr nachvollziehbar halten.

Erhoben wurde auch das **Vertrauen in gesundheitspolitisch relevante Institutionen**. 62 % vertrauen (jeweils eher/sehr) dem Gesundheitsministerium, 60 % der WHO, 58 % der EMA.

Ärzt_innen wird in hohem Maße vertraut (81 %). Wird dieser Wert nach Wahrscheinlichkeit der Parteiwahl analysiert, steigt das Vertrauen in Ärzt*innen bei allen im Parlament vertretenen Parteien auf über 90 %, nur bei Befragten, die eher die FPÖ wählen würden, sinkt er auf 56 %. Bei potenziellen MFG-Wähler_innen sinkt der Wert auf lediglich 45 %.

Über die Studie

Für die groß angelegte Studie wurden 2.571 Online-Interviews im Zeitraum 2.–16. März 2022 durchgeführt (CAWI, Marketagent). Befragt wurden Personen zwischen 14 und 75+ Jahren. Die Studie besteht aus vier Themenblöcken: Teil 1 und 2 beschäftigen sich mit den Einstellungen zum österreichischen Gesundheitssystem und der europäischen Zusammenarbeit, Teil 3 mit dem Vertrauen in Wissenschaft und Politikgestaltung, Teil 4 mit Arbeit und Gesundheit. Die Studie wurde im Rahmen des Projekts Austrian Democracy Lab der Universität für Weiterbildung Krems und der Universität Graz durchgeführt. Bei ausgewählten Fragestellungen wurde auch mit Wissenschaftler_innen anderer Institute und Universitäten zusammengearbeitet.

Weitere Informationen und Grafiken:

www.donau-uni.ac.at/vertrauen-wissenschaft-politik

Rückfragehinweis

Mag. Dr. Christina Hainzl

Leiterin des Research Lab Democracy and Society in Transition

Universität für Weiterbildung Krems

Tel.: +43 2732 893-2184

Mobil: +43 664 81 53 586

E-Mail: christina.hainzl@donau-uni.ac.at